

Studie zum Thema „Seilschaften“ (mit Dokumentation)

I. Im Vorfeld

1. Die SED als Kaderpartei

1.1. Kaderfragen sind Klassenfragen. Auswahlprozeß und Rolle der Nomenklaturkader in der DDR zur Durchsetzung des Machtanspruchs der SED

1.2. Aufgaben der Nomenklaturkader in der Wirtschaft der DDR

2. Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft in der DDR durch das MfS

2.1. Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft

2.2. MfS-Dokumente, die den Bereich der Volkswirtschaft tangieren und das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der „politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft“ betreffen

II. Seilschaften

3. Die Rolle der Nomenklaturkader („Nomenklatura“) während und unmittelbar nach der Wende

Anlagen

I. Im Vorfeld

1. Die SED als Kaderpartei

1.1. *Kaderfragen sind Klassenfragen. Auswahlprozeß und Rolle der Nomenklaturkader in der DDR zur Durchsetzung des Machtanspruchs*

Artikel 1 der DDR-Verfassung lautete:

„Die DDR ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei.“

Damit beanspruchte die SED alle Macht in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Sie verstand sich als „revolutionäre Elite“. Diesem Konzept folgend war die SED eine Kaderpartei. Kaderfragen waren Chefsache der Parteiführung in

engstem Zusammenwirken mit dem Ministerium für Staatssicherheit zur Klärung der Frage „wer ist wer?“. Die jeweiligen „politischen Lagebedingungen“ bestimmten die kaderpolitischen Richtlinien.

Mit Hilfe der Kaderpolitik wurde der totalitäre Machtanspruch der SED durchgesetzt und die Macht flächendeckend ausgeübt. Sie war ein einheitliches und allseitig abgestimmtes System zur „Arbeit mit den Menschen“. Die Zielstellung, den Führungsanspruch der SED allerorten und mit allen Mitteln durchzusetzen und die Bürger im Sinne der Partei ideologisch zu disziplinieren, wurde mittels Personalunion von Partei- und Leitungsfunktionen in allen Bereichen sowie durch Parteibeschlüsse, dienstliche Bestimmungen und Weisungen zur Kaderarbeit von den Kaderleitungen umgesetzt.

Die Kaderpolitik war eindeutig politisch-ideologisch determiniert und verfolgte folgende Ziele:

- die „Führungsrolle der Arbeiterklasse“ ständig zu verwirklichen,
- eine stabile Besetzung von Führungs- und Leitungsfunktionen zu gewährleisten,
- eine hohe Qualität und Effektivität in der Führungs- und Leitungstätigkeit zu sichern,
- eine straffe zentrale Führung bei der Besetzung von Führungs- und Leitungsfunktionen durchzusetzen.

Auswahl, Überprüfung, Aus- bzw. Weiterbildung, Erziehung, Erprobung und Einsatz der Kader erfolgten dabei planmäßig und zielorientiert.

In der Anordnung des Ministerrates der DDR vom 10.11.1976 „über die Sicherheit und Geheimhaltung bei der Erfüllung der Aufgaben der Volkswirtschaft zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung im Frieden“ werden die Einstellungs- und Kaderbestimmungen mit Akribie aufgelistet [01]. Aus diesem Grunde entstand nach sowjetischem Vorbild mit den Kadernomenklaturen ein hierarchisch gegliedertes System, das alle wichtigen Führungs- und Leitungsfunktionen im Partei-, Staats- und Wirtschaftsapparat sowie in gesellschaftlichen Bereichen erfaßte und die Besetzung dieser Positionen der Kompetenz des zentralen Parteiapparates unterstellte. Die Kadernomenklatur war auf Parteiebene wie folgt gegliedert:

- Kadernomenklatur des Zentralkomitee der SED,
- Kadernomenklaturen der Bezirksleitungen der SED,
- Kadernomenklaturen der Kreisleitungen der SED.

Die Anlage [02] gibt stark vereinfacht einen Überblick über die Nomenklaturstufen sowie die dazugehörigen Funktionen. Um einen Einblick zu diesem Komplex zu erhalten, sind stellvertretend zwei Dokumente als Anlagen beigefügt:

- „Kadernomenklatur der Kreisleitung Greifswald der SED“ vom 14.7.1989 [03]
- „Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklatur Greifswald der SED“ vom 4.8.1989. [04]

In die Kadernomenklaturen wurden als Nomenklaturkader nur solche Funktionäre aufgenommen, denen nach erfolgter Sicherheitsüberprüfung durch das MfS folgende Mindestanforderungen attestiert werden konnten:

- der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Führung treu ergeben,
- in der politisch-operativen Arbeit erfahren und gut ausgebildet,
- in der Führungs- und Leitungstätigkeit einschließlich in Parteifunktionen bewährt,
- charakterlich und moralisch vorbildlich,
- erprobt hinsichtlich der Unantastbarkeit gegenüber dem Feind und mit einem aktuellen Feindbild ausgestattet.

Die Aufnahme in die Kadernomenklatur war Voraussetzung und Beginn einer Karriere sowie für den danach einsetzenden Automatismus des Aufstiegs innerhalb der Hierarchie der Kadernomenklatur.

Im Ergebnis der praktizierten Kaderpolitik und des Selektionsprozesses der Nomenklaturkader bildete sich im Laufe der Jahre eine handverlesene Funktionärsoligarchie heraus, die Karriere und Privilegien vorrangig ihrem Wohlverhalten gegenüber der Partei und deren Führung verdankte, angepaßt und willfährig, die alle wichtigen Positionen unter sich und ihren Familien aufteilte. Da der Machterhalt im Vordergrund stand, war Fachkompetenz von sekundärer Bedeutung.

So beklagt sich selbst Mielke in einer Rede vor dem erweiterten Kollegium der MfS am 4.3.1983, daß „diejenigen Kader, die Verantwortung zu tragen haben, diese nicht genügend wahrnehmen“, und polemisiert: „Wir brauchen Staats- und Wirtschaftsfunktionäre, die nicht nur über die Kompliziertheit der Lage sprechen können und ständig Informationen an die übergeordneten Leitungen/Organe schreiben, sondern Kader, die nach schöpferischen Lösungen suchen und eigene Entscheidungen zur Bewältigung der von Partei und Regierung gestellten Aufgaben treffen. Ein Grundsatz, der für alle Gebiete gilt.“ (GVS MfS o008–3/83, S. 89)

Durch das Zusammenwirken von Überwachungs- und Repressionsapparat, die Personalunion in den Partei- und Leitungsfunktionen sowie das Disziplinierungsinstrument Kaderpolitik konnte die Macht gesichert und flächendeckend ausgeübt werden.

Das im Laufe der Jahre entstandene Beziehungsgeflecht innerhalb der „Nomenklatura“ bewies bereits unter DDR-Bedingungen seine Tragfähigkeit. In den Tagen des Zusammenbruchs der DDR jedoch bestand es seine Bewäh-

rungsprobe. Und es bewährt sich auch in der Gegenwart hervorragend, war es doch neben der Möglichkeit des Zugriffs auf das sogenannte „Volkseigentum“ einer der wichtigsten Grundsteine für das Überleben der „Nomenklatura“ und deren gelungenen Start in die Marktwirtschaft.

Nach dem Scheitern der Ideologie des „Sozialismus im Weltmaßstab“ im allgemeinen und des „real-existierenden Sozialismus in den Farben der DDR“ im besonderen sowie dem Zusammenbruch der darauf basierenden Gesellschaftssysteme verlagert und reduziert sich das Feld des „Klassenkampfes“ auf die wirtschaftliche Ebene.

Dabei konzentriert sich der Kampf auf die Besetzung von Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, wie z. B. in der Treuhandanstalt bzw. in den Kapitalgesellschaften als Geschäftsführer und nicht zuletzt auf die Umwidmung entsprechend großer Anteile des ehemaligen „Volkseigentums“ in Funktions- bzw. Privateigentum.

1.2. Aufgaben der Nomenklaturkader in der Wirtschaft der DDR

Wesentlicher Bestandteil des Machtapparates war die zentralistisch organisierte Volkswirtschaft, die eine adäquate Organisations- und Leitungsstruktur voraussetzte. [05]

Dem totalen Machtanspruch der SED folgend ist es eine logische Konsequenz, daß insbesondere die Leitungspositionen in der Wirtschaft – nach SED-Verständnis „die materielle Basis des Sozialismus“ – mit besonders zuverlässigen Nomenklaturkadern besetzt wurden, die der „Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR“ voll verantwortlich waren.

Der von der Partei propagierte Kurs der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sollte mittels der „ökonomischen Strategie der SED“ umgesetzt werden, einem Konzept, das nach Ansicht der SED in „zusammengefaßter Form alle grundlegenden Aufgaben zur Sicherung des Friedens, zur Stärkung des Sozialismus sowie zur Fortsetzung der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ umfaßte. Die volkseigenen Betriebe und später die Kombinate nahmen dabei eine zentrale Stellung ein und wurden als Zentren der Arbeiterklasse mit entscheidendem Einfluß auf die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung verstanden. Das erforderte von den eingesetzten Leitungskadern einen „klaren Klassenstandpunkt“ und ständig eine „hohe politische Wachsamkeit“ gegenüber dem „Klassenfeind“.

Für den Bereich der volkseigenen Wirtschaft regelte die „Verordnung über die volkseigenen Kombinate, Kombinatbetriebe und volkseigenen Betriebe“ vom 8.11.1979 Verantwortung und Aufgaben der Generaldirektoren, der „Beauftragten der Arbeiter-und-Bauern-Macht“:

„Der Generaldirektor trägt gegenüber der Partei der Arbeiterklasse und der Regierung der DDR die volle persönliche Verantwortung für die Entwick-

lung des Kombinats, für die Verwirklichung der in den Beschlüssen des Zentralkomitees und in den staatlichen Plänen sowie in Rechtsvorschriften festgelegten Aufgaben des Kombinats“ (§ 5,2) und „...wirkt eng mit den Betriebsparteiorganisationen ... zusammen.“ (§ 24,2) [06]

Sie hatten den Auftrag, die Beschlüsse von Partei und Regierung in ihrem Verantwortungsbereich „kompromißlos“ umzusetzen. Klassenbewußt erfüllten sie diesen Auftrag in der Regel auch.

Neben der Einbindung in die Nomenklatur, die Loyalität gegenüber dem Staat voraussetzte, der Mitgliedschaft in der SED, die eine absolute Unterwerfung unter die Parteidisziplin verlangte, und der Verpflichtung zur offiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS ist es erstaunlich, wie weit darüber hinaus diese Nomenklaturkader auch noch in das politisch-operative (konspirative) System des MfS einbezogen wurden. Mit der Verpflichtung zur inoffiziellen Mitarbeit und zur Konspiration gab man seine Persönlichkeit auf und lieferte sich und seine Familie völlig dem MfS aus.

Die MfS-Einschätzung eines Nomenklaturkaders, der als IMS arbeitete, dokumentiert dies [07].

Dokumente der Juristischen Hochschule Potsdam (der Hochschule des MfS) belegen die enge Zusammenarbeit. Stellvertretend sei hier ein Forschungsthema aus dem Jahre 1975 genannt:

„Das Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft.“

Auch eine Analyse der Funktionen der IM anhand der in Halle bekannt gewordenen IM-Liste bestätigt diese Feststellung.

2. *Politisch-operative Sicherung der Volkswirtschaft in der DDR durch das MfS*

2.1. *Zusammenwirken des MfS mit den Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen bei der politisch-operativen Sicherung der Volkswirtschaft*

Die Volkswirtschaft der DDR als „materielle Basis des Sozialismus“ war nach Partei- und MfS-Verständnis ein sensibler und damit sicherheitspolitisch relevanter Schwerpunktbereich, der ständig vor den „aggressiven Plänen, Absichten und Maßnahmen“ eines latent angenommenen Gegners, des „Klassenfeindes“, geschützt werden mußte. Diese Aufgabe oblag dem MfS als „Schwert und Schild der Partei“ und erfolgte nach dem Grundprinzip der politisch-operativen Arbeit des MfS konspirativ.

„Politisch-operative Konspiration“ wird im „Wörterbuch der Staatssicherheit“ wie folgt definiert: